

Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Bremen

AStA der Universität Bremen

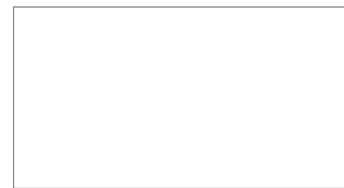
Universität Bremen

Bibliothekstraße 3, StH

28359 Bremen

Telefon: 0421/218-69733

asta@uni-bremen.de



Bremen, den 24/02/2015

Kürzungsbeschluss im Akademischen Senat (AS) wird erneut verhindert

Am Mittwoch, den 25.02.15 soll die seit Dezember anstehende Kürzungsvorlage im AS der Uni Bremen beschlossen werden. Die studentische Forderung nach einer klaren Positionierung des AS gegen Sparpolitik im Bildungsbereich wurde nicht ernst genommen. Aktive Student*innen werden den Kürzungsbeschluss daher auch dieses Mal nicht zulassen. Das Ziel ist, das Thema Unterfinanzierung des Bildungs- und Sozialbereiches in die nahende Bürgerschaftswahl hineinzutragen.

Nachdem Student*innen den seit Dezember anstehenden Kürzungsbeschluss immer wieder verhinderten, will der AS am 25.02.15 den Forderungen der Politik nachkommen und die von der Haushaltskommission erarbeitete Kürzungsvorlage beschließen. Da sich die Mitglieder des AS nicht politisch für eine Ausfinanzierung der Bremer Hochschullandschaft einsetzen, werden aktive Student*innen auch dieses Mal keinen Kürzungsbeschluss zulassen. Geplant ist eine weitere Blockade. Da für März keine Sitzung des AS angesetzt ist, ermöglicht eine Verhinderung der Beschlussfassung die Thematisierung der Sparpolitik im anstehenden Wahlkampf.

Obwohl durch die Beschlussverhinderungen platz für Diskussion entstand, gab es keine offene, grundsätzliche Diskussion, die auch Perspektiven einer Ausfinanzierung beinhaltete. Vielmehr nutzte die Haushaltskommission den Raum lediglich dazu, die vorgeschlagenen Kürzungen vorzustellen und zu legitimieren. Auf die Kritik der Student*innen sowie wissenschaftlichen und nicht-akademischen Mitarbeiter*innen wurde

nicht ernsthaft eingegangen. Mit einer klaren Positionierung des AS gegen Kürzungen ist deswegen leider nicht zu rechnen.

Die Haushaltskommission hat nach der Sondersitzung des AS am 11.2.15 eine leicht abgeänderte Kürzungsvorlage ausgearbeitet. Diese sieht vor, das Land verstärkt zur Verantwortung zu ziehen und mehr finanzielle Unterstützung zu fordern. Von dem Vorschlag, die Studiengebühren von 50€ auf 90€ zu erhöhen, wird abgesehen, vielmehr wird die Senatorische Behörde dazu aufgefordert, das Defizit in der Verwaltung auszugleichen. Im selben Tenor wird das Land dazu aufgefordert, die Landesmessstelle für Radioaktivität (LMR) mit 200.000€ mehr zu finanzieren und die Universität so zu entlasten. Diese Änderungen sind Folgen unserer Proteste und dennoch sind sie nicht genug. Bis auf die genannten Punkte hat sich an der Beschlussvorlage nichts geändert. Nach wie vor soll etwa durch die „Konsolidierung“ von Studiengängen knapp eine halbe Millionen Euro eingespart werden.

Statt die Politik nur in wenigen Belangen verstärkt zur Kasse zu bitten, sollten jegliche Forderungen nach Einsparungen in der Bildung zurückgewiesen werden.

Die betriebene Austeritätspolitik, die sich derzeit flächendeckend wiederfinden lässt, gerät zunehmend in scharfe Kritik. In den Hochschulen richten sich die Qualitätsmaßstäbe immer weniger nach der gesellschaftlichen und immer mehr nach der wirtschaftlichen Relevanz der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus. Angesichts der medialen Debatte über Drittmittel und deren Einfluss auf Universitätsstruktur, Lehrinhalte und Erkenntnisinteresse fordern die Student*innen auch von den Mitgliedern des AS den Mut, für eine solide Grundfinanzierung des Bildungsbereichs zu streiten.

Ansprechpartner*innen: Irina Stinga und Charlotte Brommer-Wierig

Für Nachfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne über **asta@uni-bremen.de** oder per Telefon **0151/65796904** zur Verfügung.